

KURZ UND PRÄGNANT

Unabhängiger Datenschutzbeauftragter

Zur turnusgemäßen Neubesetzung des Amtes des Thüringer Datenschutzbeauftragten forderte MdL Ralf Hauboldt, Abgeordneter der LINKEN im Landesdatenschutzbeirat, für die Wahlentscheidung im Landtag eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Gesetz vorzusehen. „Damit wären interne Posten-deals der regierungstragenden Mehrheit ausgeschlossen, denn sie schaden nur dem Ansehen des Amtes mit seiner Bedeutung für den Grundrechtsschutz. Es wäre mehr als kontraproduktiv, diese wichtige Funktion auch nur in die Nähe des Ruchs eines Versorgungspostens zu rücken. Das Amt verlangt eine offene und breit angelegte Kandidatensuche. Gestärkt werden muss die Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten durch Schaffung eines unabhängigen Landesdatenschutzentrums.“ ■

Durchsichtige „Stasi-Aufarbeitung“

Die LINKE-Fraktion hat ihre Mitarbeit in der Landtagskommission zur Überprüfung der Stasi-Vergangenheit von Abgeordneten aufgekündigt, meldete der MDR am 23. Januar. In Briefen an die Landtagspräsidentin haben Abgeordnete der LINKEN erklärt, dass sie damit gegen eine politische Instrumentalisierung protestieren. Die Vergangenheit von betroffenen Abgeordneten sei seit Jahren bekannt. Zweifel an der Kommission hat auch die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Anja Siegesmund.

Sie sagte dem MDR, das Thema werde derzeit im Parlament nicht aufgearbeitet, sondern von CDU, SPD und FDP als Munition im Kommunalwahlkampf benutzt. Die Entscheidung zur „Parlamentsunwürdigkeit“ von Abgeordneten soll in der letzten Sitzung des Landtags kurz vor den Landrats- und Bürgermeisterwahlen am 22. April fallen. Dies sei ein „durchsichtiges Manöver“, weil die Auskünfte der Behörde schon seit mehr als einem halben Jahr vorlägen.

Die CDU hält dagegen, dass eine Bewertung der Abgeordneten auf der Grundlage des Stasi-Überprüfungsgesetzes neu habe vorgenommen werden müssen, „obwohl es keine neuen Erkenntnisse gibt“, so der Parlamentarische Geschäftsführer Volker Emde.

Für den Verfassungsrechtler Joachim Linck ist es hingegen Zeit, diese Überprüfungspraxis zu beenden. Der frühere Landtagsdirektor sagte dem MDR, viele der überprüften Abgeordneten hätten längst bewiesen, dass sie im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat angekommen seien, und wenn die Wähler sagten, Fehler der Vergangenheit seien heute nicht mehr ausschlaggebend, müsse man das respektieren. ■

„Jedem ist die Möglichkeit zu schaffen, seinen Lebensunterhalt zu verdienen“

Linksfraktion lädt in den Thüringer Landtag ein zu einer Veranstaltung zum Thema: Stärkung der Arbeitnehmerrechte

Mit dem Arbeitsrecht, einem Thema, das im Alltag für viele Menschen große Bedeutung hat, beschäftigt sich die Linksfraktion in einer öffentlichen Veranstaltung am Dienstag, den 31. Januar, in der Zeit von 10 bis 14 Uhr im Landtag in Erfurt, Fraktionssitzungssaal, Raum 201. Thema: „Fortschrittliches Arbeitsrecht – Vorschläge aus linker Perspektive zur Stärkung der Arbeitnehmerrechte“. Hintergrund sind die Veränderungen im Erwerbsleben, die tiefe Spaltung des Arbeitsmarktes und die permanente Aushöhlung der Normalarbeitsverhältnisse.

Dazu erklärte die Arbeitsmarktpolitikerin der Linksfraktion Ina Leukefeld: „Seit mehr als 20 Jahren haben es die regierenden politischen Kräfte versäumt, die Verpflichtung aus dem Einigungsvertrag vom 3. Oktober 1990 zu erfüllen, ein Gesetz zur Regelung der Arbeitsverhältnisse vorzulegen.“ Die LINKE sieht einen Handlungsbedarf auch deshalb, weil es bis jetzt nicht gelungen ist, den Auftrag der Thüringer Landesverfassung umzusetzen, wo es

im Artikel 36 heißt: „Es ist ständige Aufgabe des Freistaats, jedem die Möglichkeit zu schaffen, seinen Lebensunterhalt durch frei gewählte und dauerhafte Arbeit zu verdienen. Zur

Verwirklichung dieses Staatsziels ergreifen das Land und seine Gebietskörperschaften insbesondere Maßnahmen der Wirtschafts- und Arbeitsförderung, der beruflichen Weiterbildung und der Umschulung.“

Die LINKE hat sich gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg Stiftung seit mehreren Jahren inhaltlich mit dem Thema „Gute Arbeit“ und „Faire Arbeitsbedingungen“ auseinandergesetzt und Mindeststandards für ein einheitliches Arbeitsrecht zur Diskussion gestellt. Die Arbeitsverhältnisse sind als Rechtsverhältnisse eigener Art auszugestalten. Dazu ist

eine Stärkung des Arbeitsrechts als eigener Rechtszweig unter Beachtung des europäischen Kontextes, geregelt in einem Arbeitsgesetzbuch, notwendig. Das Arbeitsrecht als Arbeitnehmerschutzrecht soll gestärkt werden.

Gerade angesichts von Arbeitnehmerfreizügigkeit und einem Zusammenwachsen in Europa muss der Schutz der Beschäftigten als Gegenstrategie zur Flexicurity-Politik stärker in den Mittelpunkt gestellt werden. Die Linksfraktion will dazu bei der Veranstaltung gemeinsam mit Gewerkschaften, Juristen, Betriebs- und Personalräten sowie Kolleginnen und Kollegen diskutieren.

Programmablauf:

Begrüßung durch den Fraktionsvorsitzenden Bodo Ramelow

Diskussionsgrundlagen:

Recht auf Arbeit – ein Menschenrecht zwischen Hoffnung und Anspruch; Jens Petermann, Bundestagsabgeordneter der LINKEN

Aktuelle Arbeitsmarktentwicklung in Thüringen; Ina Leukefeld, Landtagsabgeordnete der LINKEN

Das Projekt Arbeitsgesetzbuch; Dr. Steffen Hultsch, Rosa-Luxemburg-Stiftung

Position der Gewerkschaften zur Stärkung von Arbeitnehmerrechten und im Kampf um gute Arbeit

DGB Hessen-Thüringen

Aktuelle Probleme bei der Rechtsanwendung – brauchen wir ein Arbeitsgesetzbuch; Andreas Walter, Direktor des Arbeitsgerichts Erfurt

Arbeitsunrecht heute – aktuelle Probleme aus Sicht eines Gewerkschafters; Thomas Steinhäuser, IG Metall Südthüringen

Europäische Herausforderung für Beschäftigungsschutz und einheitliche Mindeststandards; Gabi Zimmer, Europaabgeordnete der LINKEN

Nach Diskussion Schlussbemerkungen von Ralf Hauboldt, Vorsitzender des Justizausschusses im Thüringer Landtag (DIE LINKE) ■



Aktion des Thüringer DGB am Rande der Landtagssitzung im Dezember in Erfurt, wo die Abgeordneten den Haushalt für 2012 diskutierten.

Foto: St. Wogawa

Neues vom Amt

Es ist Freitag, der 13. Februar 2009 in Münster. Ein Mann im dunklen Anzug macht vor einer Kammer des Oberverwaltungsgerichts (OVG) für das Land Nordrhein-Westfalen, die ihn im Rahmen einer Beweiserhebung vernimmt, Angaben zur Person. Er sei Artur Hertwig, 59 Jahre alt und als beamteter Jurist Direktor beim Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln. Hertwig äußert sich auch zur Sache. Ja, „im Prinzip“ sei er befugt, Anordnungen für den Einsatz so genannter nachrichtendienstlicher Mittel – also der schmutzigen Trickkiste des Geheimdienstes – zu erteilen. Allerdings bestehe bei der Anwendung solcher Mittel gegen Einzelpersonen, die Mitglieder der Partei Die Linke sind, ein seit Juli 1995 existierender Entscheidungsvorbehalt des Bundesinnenministers.

Verhandelt wird im Prozess von Bodo Ramelow, seit 2005 Bundestagsabgeordneter in der Fraktion eben jener Linkspartei. Er klagt gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen seiner Beobachtung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz. Das Münsteraner Gericht entscheidet – vielleicht sogar trotz oder wegen der Aussage von Hertwig – wie schon die Vorinstanz, das Verwaltungsgericht Köln, für Ramelow. Dessen Beobachtung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz sei rechtswidrig, meint auch das OVG. Doch das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig wird beide Entscheidungen im Juli 2010 wieder aufheben, seitdem ist die Angelegenheit beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe anhängig. Hertwig äußert sich im August 2011 in

den Medien – zur NPD. Die sei in einer Krise, ihre Bilanz „von einer Misserfolgsserie gekennzeichnet“, so Hertwig. Hat Hertwig neue Zuständigkeiten? Aus den Veröffentlichungen erfährt man, dass er die Abteilung „Rechts- und Linksextremismus“ im Kölner Amt leite.

Zu Beginn des Jahres 2012 wird sein Name durch eine Veröffentlichung des „Spiegel“ dann richtig bekannt: wegen der desaströsen Bilanz des Inlandsgeheimdienstes angesichts der Mordserie der Neonazi-Terrorgruppe entzieht Heinz Fromm, der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, dem Leiter der Abteilung 2, eben jenem Artur Hertwig, die Zuständigkeit für den Rechtsextremismus. Die Abteilung 2 firmiert laut „Spiegel“ bis dahin unter dem Namen „Deutscher Links- und Rechtsextremismus, -terrorismus“, die Abteilungen Links- und Rechtsextremismus sollen jetzt wieder getrennt werden.

Der Meldung über Hertwigs Karriereknick ist allerdings die interessante Information zu entnehmen, dass die Abteilungen im Jahr 2006 zusammengelegt worden sind. Als Innenminister amtierte seinerzeit Wolfgang Schäuble (CDU). Er trägt also die politische Verantwortung. Heinz Fromm ist bereits seit dem Jahr 2000 Präsident des Bundesamtes. Und Mitglied der SPD. Außerdem: Für den Bereich des „Linksextremismus“ – dazu gehört die jetzt bekannt gewordene Bespitzelung von Bundestagsabgeordneten der Linken – bleibt Hertwig offen bar zuständig.

Stefan Wogawa ■